

# Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

### für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 218

Nr. 33 a

**Abonnementspreis:** Ein Jahrgang 3 Mark, 6 Monate 1 Mark 75 Pf., 3 Monate 90 Pf. Einmalige Anzeigen 10 Pf. pro Zeile. **Halle - Saale** Sonntag, 8. Februar 1925

**Halle - Saale** Sonntag, 8. Februar 1925

**Anzeigenpreis:** Die Spaltenbreite ist 10 cm. Die Spaltenhöhe ist 12 cm. Die Spaltenbreite ist 10 cm. Die Spaltenhöhe ist 12 cm. Die Spaltenbreite ist 10 cm. Die Spaltenhöhe ist 12 cm.

# Ein 10-Millionen-Schaden für die Reichspost

## Der Barmat-Betrug an den Hungernden der Ukraine

### Barmat als „Tjheka“-Mitglied

Berlin, 7. Februar.  
Wie zu erwarten war, haben die Enthüllungen der „Berliner Vorzeitung“ über den Korruptionsapparat der Barmats, welcher wir in unserer letzten Nummer berichteten, weitestgehend erfüllt. In ihrer Ausgabe vom Freitag führt sie gemalte Pläne zu seinen Entwürfen fort. Der Gesamtverdienst dieses Vates stellt sich folgendermaßen:

1. In Paris war im Jahre 1921/22 ein Komitee aus der russischen Emigration gegründet worden, das den Zweck hatte, durch Spenden die Hungernden der Ukraine zu unterstützen. Dieses Komitee wandte sich an die verschiedenen Regierungen um Hilfe und erhielt u. a. von der amerikanischen Regierung ein kostbares Patent für die Herstellung von Nahrungsmitteln. Herr Julius Barmat machte sich an diesen Geschäft heran und das Ende vom Liede war, daß sämtliche Verträge von Barmat in Amsterdam eine Menge Geldes zur Verfügung erhielten. Der Rest wurde einfach verschwendet. In der Ukraine haben die Hungernden keinen Nutzen gesehen. Wir wissen alle längst, daß dort Millionen Menschen den Hungertod gestorben sind. Nur scheinen die Amerikaner und Franzosen dies alles in Erfahrung gebracht zu haben und die Komiteemitglieder werden sehr empfindlich verärgert. In der Ukraine haben die Hungernden keinen Nutzen gesehen. Wir wissen alle längst, daß dort Millionen Menschen den Hungertod gestorben sind. Nur scheinen die Amerikaner und Franzosen dies alles in Erfahrung gebracht zu haben und die Komiteemitglieder werden sehr empfindlich verärgert.

Warenkäufe hatten sich wohl schon rechtzeitig vor dem immeren Wert dieser Industrie-Unternehmungen des Barmat-Konglomerats Rechenschaft gegeben und von allen Seiten kamen täglich große Aktienpakete aus dem Markt. Käufer für diese Aktien sind auf der Welle seit Monaten nicht mehr aufgetreten, und die Deutsche Wertpapierbank wie die anderen Barmatbanken nach dem fehlenden Material der Barmat, was in die Hände mit großer Geschwindigkeit nach unten gegangen und die Gebührenerhältnisse hätten dann täglich enorme Summen als Einzahlung verlangt. Um also den Kurs zu halten, wozu man

monatlich fünf bis achthunderttausend Mark unruhig heraus. Da er sich die Frage: Wenn die Staatsanwaltschaft am 28. Dezember nicht eingekippt hätte, wie lange würde man bei dieser ungeheuren Millionen unruhig hinausgerufen haben? Ein weiteres kräftiges Beispiel, wie die Sechsbankung leidet worden ist, gibt der Fall „Welfholke“ u. s. w. - Dieses Unternehmen ist von einem Angestellten der Deutschen Wertpapierbank im September v. J. eingestellt und das Ganze bis auf ein Bureauausmaß im Werte von circa 100000 Mark als ein großer Schutzhäuschen für den Barmat, was in die Hände mit großer Geschwindigkeit nach unten gegangen und die Gebührenerhältnisse hätten dann täglich enorme Summen als Einzahlung verlangt. Um also den Kurs zu halten, wozu man monatlich fünf bis achthunderttausend Mark unruhig heraus.

Alle Gold erhalten habe. Auch dieses widerstand den Zerschlagung. Es sollte dem Reichsministerium über 1 1/2 Millionen in Gold, Markt, das in den Händen der Reichsministerien, die irgendwas hinterlegt wurden. Wolpe, Altkofa und Goldberg sind dann

üblich aus Deutschland verschwinden und der Ober-Post- und Finanzrat Richard Weber übernahm die Verwaltung. Auch hierbei soll das Postministerium mit einem Kredit von 5 Millionen in Goldmarkt hineingeführt worden sein. Die Welfholke leitete ein Herr Alfred Mannemann. Am zuletzt wurde das brandstiftende Material über die holländische Grenze geschafft. Altkofa soll es inzwischen gelungen sein, in Holland die Staatsangehörigkeit zu erwerben.

## Der Zwischenfall im Reichstagsauschuß

Berlin, 7. Februar.  
Der Interfusionsauschuß des Reichstages über den Kreditaffäre (Barmat-Affäre) trat heute wieder zu einer Sitzung zusammen. Vorsitzender Abgeordneter Saenger (Sog.) gab zunächst das Schreiben bekannt, das die nationalsozialistische Reichstagsfraktion auf die Aufforderung zur Übergabe des Materials an den Reichstag gerichtet hat. Der Vorsitzende nahm die Ausschlußmitglieder gegen die in dem Schreiben enthaltenen Verdächtigungen energisch in Schutz, und fand dabei die Unterstützung der übrigen Parteien. Ein Vertreter des Reichstags Ausschusses gab eine Erklärung ab, wonach das Justizministerium wie die Interfusionsrichter und die Staatsanwälte auf dem Standpunkt stehen, daß die Verhandlungen dieser Angelegenheit eine weitestgehende Bekämpfung des Ganzen des Strafverfahrens enthalten. Das Justizministerium erge habe an die Verhandlungsverhandlungen solange auszuweichen, bis die Interfusionsrichter selbst nicht eine Verhandlungsfähigkeit nicht mehr besteht. Ministerialrat Schmidt vom Reichlichen Justizministerium erklärte dann, soweit es sich um Tatbestandfragen handelt, die Öffentlichkeit ist auszuweichen. Als Zeitpunkt für den Abschluss der Verhandlungen gab er ungefähr März an.

Von den Angelegenheiten wurde berichtet, daß der Ausschuß mit dem Bescheidnahm in der Postangelegenheit sofort beginnen solle, ohne weitere Mitteilungen des Justizministeriums anzuhören. Nach längerer Aussprache beschloß der Ausschuß mit zwölf gegen sechs Stimmen, den Interfusionsrichter Nordmann nach anzuhören. Die Öffentlichkeit wurde zu diesem Zweck mit dem gleichen Stimmenergebnis ausgeschlossen.

Auf eine Frage des Abg. Graf (Zentl.) erklärt der stellvertretende Vorsitzende Dr. Deereberg, gegen die Arbeit des preussischen Interfusionsauschusses sei von Gericht und von den Staatsanwaltschaften noch kein Einspruch erhoben worden. Dann geht die Sitzung zu dem

**Ernennung des Ministerialdirektors Dr. Hall**  
weiter, der zunächst wiederholt, daß er 1919 der Reichsausschaffung war, daß Barmat auch für die von der Regierung angeordneten Lebensmittelfragen eine Großhandelsabteilung hätte haben müssen. Er habe an seiner Meinung festgehalten und den Reichsminister Schmidt davon in Kenntnis gesetzt, wenn die Reichsstellen ohne die erforderlichen Unterlagen eine Handelsabteilung erteilen, das getragene Amt auf einer unzulässigen Handlung sei.

Es kommt darauf zu einem

**Zwischenfall**  
zwischen Dr. Deereberg, einem Reichsausschlußmitglied und dem Reuten andererseits, weil Dr. Deereberg angeblich unzulässige Fragen stelle. Einem gegen seine Geschäftsleitung eingetragenen Mißtrauensantrag kommt er dadurch zuvor, daß er sein Amt als Reichsvertreter der Reichsministerien niedersetzt. In seiner Stelle übernimmt der vorkandidierte Abg. Dr. Binkert die Leitung der Verhandlungen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des preussischen Interfusionsauschusses berichtet sich

**Rechtsministerialrat Altkofa**  
über Vorgänge, die während seiner Dienstzeit unter Ministerialrat Dr. Hall als Chef der Landespostverwaltung vorgekommen sein sollen. Der Zeuge behauptet, Dr. Hall habe damals unter Dr. Barmat seinen Mitarbeiter Altkofa gegen den damaligen Minister Dr. Gormes in die Presse lanciert und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Deimann Material über bündische Verfassungen anderer Beamten verschafft. Auf einige von sozialdemokratischer Seite an ihn gestellte Fragen erwiderte der Zeuge u. a., daß er allerdings einmal im großen Beamtenrat des Reichsausschusses gefolgt habe, daß er Herrn Dr. Hall für den Polizeipräsidentenposten für nicht geeignet halte, weil er eine hinterhältige Antiquarität sei. Die Mitglieder des Beamtenauschusses seien aber zur Amtübernahme verpflichtet und die Herren Selmann und Kuttner hätten nur durch einen großen Vertrauensbruch Kenntnis von der Sache erhalten haben, vielleicht durch den Polizeipräsidenten Richter. Auf weitere Fragen des Abgeordneten Kuttner (Sog.) betreibt der Zeuge entgegen, daß er aus dem bei Barmat beschlagnahmten Material irgendwas an die Presse gegeben habe. Die Frage, ob er in anderen Fällen die Presse informierte, läßt der Reichsausschluß nicht zu. Wegen einer weiteren Frage über Mitteilung von Material erklärt Abgeordneter Deereberg (Dnt.)

## Wider das Postministerium

Berlin, 7. Februar.  
Von unserer Berliner Schriftleitung.  
Die Enthüllungen haben noch immer nicht. Aus der Tätigkeit der Depots- und Handelsbank, u. s. w., im Jahre 1923 erfüllt man Dinge, die nicht nur eine Schande für die Regierung, sondern auch ein Verbrechen sind, das die deutsche Bevölkerung zu empfinden hat. Die Namen der Bankiers, die aus dem Dampfe aufstehen. Ihre Geschäfte sind so verhängnisvoll worden, daß es selbst den kühnsten Verleumdern schwer fällt, nicht im Dunsten zu stehen. Die Postbank 1923 um Postministerium ein Aufsehen zu machen, was auf ganz kurzer Zeit konnten die Genannten mit Hilfe von ihnen angestellten Goldkäufern, Goldhändlern usw. große Zwischenverdienste einheimen, die mit einer halben Million pro Tag angegeben werden. Infolgedessen soll der Schaden infolge von Finanzhinterstellungen und einem Aufsehen über den Reichsausschluß vor nämlich den Bankiers, aus Welfholke, gegangen und hatte einen Hoff Gottes aus Holland mit dem Anfall des Goldhandels beauftragt. Der Verlust stellt bedeutet eine frappante Verletzung des Volkengesetzes. Das war natürlich, daß die Beamten des Ministeriums nun ganz in Abhängigkeit geraten. Am 17. Dezember 1923 wurde dem Ministerium eine Rechnung über 4 Trillionen Mark für die bewogenen 1000 Aktien präsentiert, obwohl das Geld gar nicht geliefert wurde. Schließlich sollte ein Ministerium erzwungen, mit dem Bankhaus Bruno Philip einen Vertrag abzuschließen, der lautete, daß das Bankhaus 1000

Welfholke unterbreitete der Gewährungsmann folgendes neues Material:  
„Die Amerika“ hat f. A. aller Wahrscheinlichkeit nach für die Ercheinung, Reichsbank oder Girozentrale, und vielleicht für alle gemeinsam, eine Bilanz aufgemacht. Diese Bilanz, die im September aufgestellt war, weist in den Welfholke circa 700000000 Mark, in den Welfholke 300000000 Mark auf. Nach dieser Bilanz aber wurde die „Amerika“ circa 500000000 Mark in Welfholke an dem 1. Januar 1924, mit der Bewertung der einzelnen Aktienposten näher betrachtet, so muß man unwillkürlich den Kopf schütteln. Man sollte da, da das Aktienkapital der „Donau- und böhmisches Werk“, Wien“ die aus einem Holzwaren- und einigen Kleinfabrikanten bestehen in Wien kaum ein Viertel fassen, mit 800000000 Mark eingetragt - Ein in Deutschland unbekanntes Unternehmen „Welfholke“ in Österreich, das infolge einer nie zu löschenden Restpassivität ein seriöses Kaufmann nicht geschäftlich machen möchte, mit 1/2 Millionen Goldmark usw. ... Mit diesen Veranschlagungen sind die einzelnen Aktienposten der Bilanz, Girozentrale aus hinterlegt worden und es hat sich kein Reichsmitglied dieser Geldposten jemals bemerkt, festzustellen, ob diese Unternehmensrechnung tatsächlich oder annähernd den angegebenen Wert repräsentieren.

Herr Deimann hat in seinen Ausführungen vor dem Interfusionsauschuß des Reichstages über Barmat zum mindesten einen sehr zutreffenden Zug gezeichnet, und zwar, daß Julius Barmat der betrogene Betrüger sei. Es ist offensichtlich ja nicht bekannt, daß alle Unternehmensrechnungen des Barmat-Konglomerats vor der Übernahme von seinem Menschen beschlagnahmt, bewertet oder geprüft worden sind. Es genügt ein einfaches Bureaude der Herren Saenger, Gegermann, Welfholke und anderer und das Unternehmen wurde sofort gekippt und mit dem Gehe der Sechsbankung, der die betreffenden Aktien hinterlegt worden sind, sofort gekippt. Wenn nun besauptet wird, daß Herr Dr. Sellwig allein Barmat die Berlin-Burger Eisenwerk u. s. w. und J. Welfholke „aufgedrängt“ hat, so ist dies nicht der Fall, denn Herr Direktor Schaeffer, der von Januar 1924 bis Mai 1924 Direktor der Amerika u. s. w. war, hatte feinerzeit erklärt, daß am Tage der Übernahme der Wertpapiere die „Amerika“ ein Vermögen von 24 Millionen Mark, welches zum bedeutenden Teil beim Berlin-Burger Eisenwerk gegen Hinterlegung eines großen eternen Aktienfonds niedergelegt war. Als nun die Berlin-Burger Eisenwerk bei Schaeffer an die Amerika nicht zurückgeben konnten, ließ Herr Barmat schließlich nichts anderes übrig, als Berlin-Burger zu übernehmen, sicherlich in der Überzeugung, daß hierzu kein anderer Betrag erforderlich sein würde. - Die Welfholke ist schließlich entbündelt, denn in Berlin-Burger und J. Welfholke über 1 1/2 Millionen. Die der Sechsbankung in die Hände übergeben worden, welche, die auch für den Schaden verantwortlich sind.

Unwillkürlich haben die Beobachter Barmat doch noch ein, in welchem ein Weg sie hineingeraten waren und suchten nun, aus dem Rest herauszukommen.

Was es war, so spät

Das war natürlich, daß die Beamten des Ministeriums nun ganz in Abhängigkeit geraten. Am 17. Dezember 1923 wurde dem Ministerium eine Rechnung über 4 Trillionen Mark für die bewogenen 1000 Aktien präsentiert, obwohl das Geld gar nicht geliefert wurde. Schließlich sollte ein Ministerium erzwungen, mit dem Bankhaus Bruno Philip einen Vertrag abzuschließen, der lautete, daß das Bankhaus 1000

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192502282-16/fragment/page=0001







